

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	VII
Literaturverzeichnis .....	XI
1. Soziale Sicherheit – Sozialrecht – Sozialleistung .....	1
1.1 Soziale Sicherheit .....	1
1.2 Sozialrecht .....	1
1.3 Sozialleistung .....	1
2. Rechtsgrundlagen .....	2
2.1 Der Stufenbau der Rechtsordnung .....	2
2.2 Primäres Gemeinschaftsrecht .....	3
2.2.1 Allgemeines .....	3
2.2.2 Vertrag von Maastricht über die Europäische Union und Vertrag von Lissabon .....	3
2.2.3 Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) .....	4
2.2.3.1 Diskriminierungsverbot .....	5
2.2.3.2 Die Grundfreiheiten der EU .....	5
2.2.3.2.1 Allgemeines .....	5
2.2.3.2.2 Dienstleistungsfreiheit .....	5
2.2.3.2.3 Inländerdiskriminierung .....	7
2.2.3.2.4 Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	7
2.2.3.3 Zugang zu sozialer Sicherheit als Grundrecht .....	8
2.2.3.4 Das Ziel eines angemessenen sozialen Schutzes .....	8
2.2.3.5 Koordinierung statt Harmonisierung .....	8
2.3 Sekundäres Gemeinschaftsrecht .....	9
2.3.1 Allgemeines .....	9
2.3.2 Verordnungen .....	10
2.3.2.1 Die Verordnungen (EG) 883/2004 und 987/2009 .....	10
2.3.3 Richtlinien .....	10
2.3.3.1 Allgemeines .....	10
2.3.3.2 Die „Patientenmobilitäts-Richtlinie“ .....	11
2.3.3.3 Die Richtlinie 90/385/EWG über aktiv implantierbare medizinische Geräte .....	12
2.3.3.4 Die „Medizinprodukte-Richtlinie“ .....	13
2.3.3.5 Die „In-vitro-Diagnostika-Richtlinie“ .....	13
2.3.3.6 Die „Unionsbürger-Richtlinie“ .....	14
2.3.4 Rechtsprechung des EuGH .....	16
3. Geltungsbereich der Verordnung (EG) 883/2004 .....	18
3.1 Persönlicher Geltungsbereich .....	18
3.1.1 Allgemeines .....	18
3.1.2 EWR-Staaten und die Schweiz .....	18
3.1.3 Drittstaaten .....	18

3.2	Sachlicher Geltungsbereich .....	20
3.2.1	Leistungen der sozialen Sicherheit .....	20
3.2.2	Besondere beitragsunabhängige Geldleistungen .....	22
3.2.3	Soziale und medizinische Fürsorge sowie Leistungssysteme für Opfer des Krieges und seiner Folgen .....	23
4.	Gleichbehandlung und Gleichstellung .....	24
4.1	Gleichbehandlung .....	24
4.2	Gleichstellung von Leistungen, Einkünften, Sachverhalten oder Ereignissen .....	25
5.	Zusammenrechnung der Zeiten .....	27
6.	Exportprinzip .....	28
7.	Verbot des Zusammentreffens von Leistungen .....	29
8.	Verhältnis VO (EG) 883/2004 und anderen Koordinierungsregelungen .....	30
9.	Bestimmung des anwendbaren Rechts .....	31
9.1	Allgemeine Regelung .....	31
9.1.1	Anwendbarkeit der Rechtsvorschriften nur eines Mitgliedstaates .....	31
9.1.2	Geldleistungen aufgrund oder infolge einer Beschäftigung .....	31
9.1.3	Beschäftigungsstaatsprinzip .....	31
9.1.4	Beamte .....	32
9.1.5	Arbeitslose .....	32
9.1.6	Wehr- und Zivildienstpflichtige .....	33
9.1.7	Seeleute .....	33
9.1.8	Flugpersonal .....	34
9.1.9	Subsidiäre Zuständigkeit des Wohnstaates .....	35
9.2	Entsendungen .....	35
9.2.1	Allgemeines .....	35
9.2.2	Entsendung von Arbeitnehmern .....	35
9.2.2.1	Allgemeines .....	35
9.2.2.2	Die sechs Entsendungs-Voraussetzungen .....	36
9.2.3	Entsendung von Selbständigen .....	38
9.2.4	Übergangsvorschriften .....	39
9.3	Ausübung von Tätigkeiten in zwei oder mehr Mitgliedstaaten .....	39
9.3.1	Beschäftigung in zwei oder mehr Mitgliedstaaten .....	39
9.3.2	Selbständige Tätigkeit in zwei oder mehr Mitgliedstaaten .....	42
9.4	Freiwillige Versicherung .....	43
10.	Leistungen bei Krankheit sowie Leistungen bei Mutterschaft und gleichgestellte Leistungen bei Vaterschaft .....	45
10.1	Wohnort in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat .....	45
10.2	Aufenthalt im zuständigen Mitgliedstaat bei Wohnort in anderem Mitglied- staat .....	48
10.2.1	Allgemeines .....	48
10.2.2	Besondere Vorschriften für die Familienangehörigen von Grenzgängern .....	48

10.3	Während eines vorübergehenden Aufenthaltes außerhalb des zuständigen Mitgliedstaates notwendige Leistungen .....	50
10.3.1	Allgemeines .....	50
10.3.2	Während des Aufenthaltes medizinisch notwendige Leistungen .....	51
10.3.3	Ermächtigung der Verwaltungskommission .....	52
10.3.4	Vorgehensweise, wenn der Versicherte die Kosten selbst getragen hat .....	53
10.3.5	Der medizinische Notfall nach der Patientenmobilitäts-Richtlinie .....	54
10.4	Geplante Behandlungen in einem anderen Mitgliedstaat .....	56
10.4.1	Allgemeines .....	56
10.4.2	Vorabgenehmigung .....	56
10.4.2.1	Allgemeines .....	56
10.4.2.2	Wenn der Versicherte nicht im zuständigen Staat wohnt .....	57
10.4.2.3	Dringende und lebensnotwendige Behandlungen .....	58
10.4.2.4	Besonderheit betreffend Rentner .....	59
10.4.2.5	Besonderheit betreffend Familienangehörige .....	59
10.4.3	Vorgehensweise, wenn der Versicherte die Kosten selbst getragen hat .....	60
10.4.4	Reise- und Aufenthaltskosten bei geplanten Behandlungen .....	61
10.4.5	Patientenmobilitäts-Richtlinie und EU-Patientenmobilitätsgesetz .....	62
10.5	Geldleistungen .....	65
10.5.1	Allgemeines .....	65
10.5.2	Geldleistungen wegen Arbeitsunfähigkeit bei Aufenthalt/Wohnort in einem anderen Mitgliedstaat .....	66
10.5.2.1	Pflichten des Versicherten .....	66
10.5.2.2	Kontrollärztliche Untersuchungen .....	67
10.5.2.2.1	Durchführung durch Träger des Wohnortes .....	67
10.5.2.2.2	Durchführung durch leistungspflichtigen Träger .....	68
10.5.2.3	Versagen von Geldleistungen .....	68
10.5.3	Zum österreichischen Wochengeld .....	69
10.5.4	Zum österreichischen Familienzeitbonus .....	69
10.5.5	Geldleistungen bei Pflegebedürftigkeit bei Aufenthalt/Wohnort in einem anderen Mitgliedstaat .....	70
10.5.5.1	Allgemeines .....	70
10.5.5.2	Zum österreichischen Pflegegeld .....	71
10.5.6	Zum österreichischen Rehabilitationsgeld .....	73
10.6	Sondervorschrift betreffend Rentenanspruchsteller .....	74
10.7	Rentner und ihre Familienangehörigen .....	74
10.7.1	Allgemeines .....	74
10.7.2	Sachleistungsanspruch nach Rechtsvorschriften des Wohnmitgliedstaats .....	75
10.7.2.1	Allgemeines .....	75
10.7.2.2	Exkurs: Sach- und Geldleistungen bei Pflegebedürftigkeit .....	75

10.7.3	Kein Sachleistungsanspruch nach Rechtsvorschriften des Wohnmitgliedstaats .....	76
10.7.4	Renten nach Rechtsvorschriften eines oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten als dem Wohnmitgliedstaat, wenn Sachleistungsanspruch in diesem Mitgliedstaat besteht .....	77
10.7.5	Familienangehörige, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnmitgliedstaat des Rentners wohnen .....	78
10.7.6	Aufenthalt des Rentners oder seiner Familienangehörigen in einem anderen als dem Wohnmitgliedstaat .....	78
10.7.7	Aufenthalt des Rentners oder seiner Familienangehörigen im zuständigen Mitgliedstaat .....	79
10.7.8	Geplante Behandlungen des Rentners und/oder seiner Familienangehörigen in einem anderen Mitgliedstaat .....	79
10.7.9	Besondere Vorschriften für Grenzgänger in Rente .....	80
10.7.10	Geldleistungen für Rentner .....	82
10.7.11	Beiträge der Rentner .....	82
10.7.12	Subsidiarität zu Beschäftigung bzw selbständiger Erwerbstätigkeit .....	83
10.8	Rangfolge der Sachleistungsansprüche .....	84
10.9	Leistungsanspruch von Familienangehörigen im Wohnmitgliedstaat .....	84
10.10	Sachleistungen von erheblicher Bedeutung .....	84
10.11	Zusammentreffen von Leistungen bei Pflegebedürftigkeit .....	85
10.12	Erstattungen zwischen den Trägern .....	87
<b>11.</b>	<b>Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten .....</b>	<b>88</b>
11.1	Definitionen .....	88
11.1.1	Arbeitsunfall .....	88
11.1.2	Berufskrankheit .....	89
11.2	Anspruch auf Sach- und Geldleistungen .....	90
11.2.1	Anspruch auf besondere Sachleistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten .....	90
11.2.2	Wenn bestritten wird, dass die Rechtsvorschriften über Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten anwendbar sind .....	91
11.2.3	Anzuwendende Bestimmungen .....	92
11.2.4	Verfahren bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat eintreten .....	93
11.2.4.1	Meldung oder Anzeige des Arbeitsunfalls bzw der Berufskrankheit .....	93
11.2.4.2	Übermittlung der ärztlichen Bescheinigungen .....	93
11.2.4.3	Erforderliche Nachforschungen im Hoheitsgebiet des anderen Mitgliedstaates .....	94
11.2.4.4	Bericht mit ärztlichen Bescheinigungen über die Dauerfolgen des Unfalls/der Krankheit .....	94
11.2.4.5	Information durch zuständigen Träger an Träger des Wohn- oder Aufenthaltsorts .....	94

11.3	Transportkosten .....	95
11.4	Leistungen bei Berufskrankheiten, wenn die betreffende Person in mehreren Mitgliedstaaten dem gleichen Risiko ausgesetzt war .....	96
11.4.1	Allgemeines .....	96
11.4.2	Wenn zuletzt nach Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats eine Tätigkeit ausgeübt wurde, die Berufskrankheit verursachen kann .....	96
11.4.3	Wenn Betroffene oder Hinterbliebene Voraussetzungen nach diesen Rechtsvorschriften nicht erfüllen .....	96
11.4.3.1	Allgemeines .....	96
11.4.3.2	Rechtsbehelfe gegen ablehnende Entscheidung .....	97
11.4.3.3	Vorschüsse .....	97
11.5	Verschlimmerung einer Berufskrankheit .....	98
11.6	Berücksichtigung von Besonderheiten bestimmter Rechtsvorschriften .....	99
11.6.1	Im Wohn- oder Aufenthaltsmitgliedstaat keine Versicherung gegen Arbeitsunfälle/Berufskrankheiten bzw kein für die Gewährung von Sachleistungen zuständiger Träger .....	99
11.6.2	Im zuständigen Mitgliedstaat keine Versicherung gegen Arbeitsunfälle/Berufskrankheiten .....	99
11.7	Gleichstellung von Leistungen, Einkünften, Sachverhalten oder Ereignissen .....	99
11.8	Einreichung und Bearbeitung von Anträgen auf Renten oder Zulagen zu Renten .....	101
11.9	Erstattung zwischen den Trägern .....	101
11.10	Besondere Durchführungsvorschriften .....	102
<b>12.</b>	<b>Ansprüche der Träger .....</b>	<b>103</b>
12.1	Allgemeines .....	103
12.2	Legalzession und Rückgriffsanspruch .....	103
12.3	Haftungsbefreiung .....	105
12.4	Vereinbarung über den Verzicht auf Erstattung zwischen Trägern bzw Erstattung unabhängig von Betrag der tatsächlich gewährten Leistungen .....	106
<b>13.</b>	<b>Leistungen im Todesfall .....</b>	<b>108</b>
13.1	Sterbegeld .....	108
13.2	Gewährung von Leistungen bei Tod eines Rentners .....	108
13.2.1	Allgemeines .....	108
13.2.2	Antrag auf Sterbegeld .....	109
<b>14.</b>	<b>Leistungen bei Invalidität .....</b>	<b>110</b>
14.1	Allgemeines .....	110
14.2	Begriffsdefinitionen .....	110
14.2.1	Rechtsvorschriften des Typs A und B .....	110
14.2.2	Anhang VI der VO (EG) 883/2004 .....	111
14.3	Personen, für die ausschließlich Rechtsvorschriften des Typs A galten .....	112
14.3.1	Allgemeines .....	112
14.3.2	Antragstellung .....	113

14.3.3	Förder-, Übermittlungs- und Informationspflichten des Kontakt-Trägers .....	115
14.3.4	Antragsrückziehung .....	116
14.4	Besondere Vorschriften für die Zusammenrechnung von Zeiten .....	116
14.5	Personen, für die entweder ausschließlich Rechtsvorschriften des Typs B oder sowohl Rechtsvorschriften des Typs A als auch des Typs B galten .....	117
14.5.1	Personen, für die nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften von zwei oder mehr Mitgliedstaaten galten .....	117
14.5.1.1	Allgemeines .....	117
14.5.1.2	Bemessung des Grades der Invalidität .....	118
14.5.1.3	Anhang VII der VO (EG) 883/2004 .....	121
14.5.2	Personen, für die ursprünglich Rechtsvorschriften des Typs B galten .....	124
14.6	Verschlimmerung des Invaliditätszustandes .....	125
14.6.1	Allgemeines .....	125
14.6.2	Zulage in der Höhe des Unterschiedsbetrages .....	125
14.6.3	Kein Anspruch auf Leistungen zulasten des Trägers eines anderen Mitgliedstaates .....	126
14.6.4	Mitteilungspflichten .....	126
14.7	Mitteilung der Entscheidung an den Antragsteller .....	127
14.8	Umwandlung von Leistungen bei Invalidität in Leistungen bei Alter .....	128
15.	<b>Alters- und Hinterbliebenenrenten</b> .....	130
15.1	Allgemeines .....	130
15.2	Allgemeine Vorschriften .....	130
15.2.1	Feststellung der Leistungsansprüche nach den Rechtsvorschriften aller Mitgliedstaaten .....	130
15.2.2	Nichtberücksichtigung von Zeiten, die nach Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden, deren Voraussetzungen nicht/nicht mehr erfüllt sind .....	131
15.2.3	Antrag auf Aufschub der Feststellung von Leistungen bei Alter .....	131
15.2.4	Neuberechnung von Amts wegen .....	131
15.3	Besondere Vorschriften über die Zusammenrechnung von Zeiten .....	133
15.3.1	Leistung davon abhängig, dass Versicherungszeiten in bestimmter Beschäftigung/selbständiger Erwerbstätigkeit oder in Beruf, für die Sondersystem gilt, zurückgelegt wurden .....	133
15.3.2	Erwerb/Aufrechterhaltung/Wiederaufleben des Leistungsanspruchs von Versicherung bei Eintritt des Versicherungsfalles abhängig .....	134
15.3.3	Anspruch auf eine Alterspension nach dem APG .....	134
15.3.4	Regeln zur Bestimmung des zuständigen Trägers/des anzuwendenden Systems/zur Zuordnung von Versicherungszeiten zu spezifischem System .....	135
15.4	Feststellung der Leistung .....	136
15.4.1	Allgemeines .....	136
15.4.2	Berechnung des geschuldeten Betrages .....	136
15.4.3	Vermeidung von Doppelleistungen .....	139

15.4.4	Höchstbetragsregelung .....	140
15.4.5	Systeme, bei denen Zeiträume für die Berechnung keine Rolle spielen .....	140
15.4.6	Autonome Leistung gleich hoch oder höher als anteilige Leistung .....	140
15.4.7	Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten .....	142
15.4.7.1	Zum Begriff der „Kindererziehungszeit“ .....	142
15.4.7.2	Judikatur zu Kindererziehungszeiten .....	142
15.4.7.3	Wenn nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Mitgliedstaates keine Kindererziehungszeit berücksichtigt wird .....	143
15.4.8	Vorläufige Zahlungen und Vorschüsse .....	145
15.4.8.1	Allgemeines .....	145
15.4.8.2	Nach anzuwendenden Rechtsvorschriften Anspruch auf autonome Leistung .....	145
15.4.8.3	Anspruch auf Zahlung eines Trägers entsprechend den Ausführungen unter 15.4.2 lit b .....	145
15.4.8.4	Informationspflichten des zur Zahlung der vorläufigen Leistung/eines Vorschusses verpflichteten Trägers .....	146
15.4.9	Maßnahmen zur beschleunigten Berechnung der Rente .....	146
15.4.10	Anhang VIII der VO (EG) 883/2004 .....	146
15.4.10.1	Teil 1: Fälle, in denen entsprechend den Ausführungen unter 15.4.6 auf die anteilige Berechnung verzichtet wird .....	147
15.4.10.2	Teil 2: Fälle, in denen die Ausführungen unter 15.4.5 Anwendung finden .....	149
15.5	Doppelleistungsbestimmungen .....	151
15.5.1	Zusammentreffen von Leistungen gleicher Art .....	151
15.5.2	Doppelleistungsbestimmungen, die in den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats für den Fall des Zusammentreffens von Leistungen bei Invalidität/Alter/an Hinterbliebene mit Leistungen gleicher/unterschiedlicher Art oder mit sonstigen Einkünften festgelegt sind .....	152
15.5.3	Judikatur zu Doppelleistungsbestimmungen .....	153
15.5.3.1	Beurteilung des Inhaltes und der Auslegung der eigenen Rechtsvorschriften über das Zusammentreffen von Leistungen .....	153
15.5.3.2	Grenzen der Auslegung der Antikumulierungsregelung .....	153
15.5.3.3	Günstigkeitsprinzip .....	154
15.6	Zusammentreffen von Leistungen .....	154
15.6.1	Zusammentreffen von Leistungen gleicher Art .....	154
15.6.2	Zusammentreffen von Leistungen unterschiedlicher Art .....	155
15.6.3	Anhang IX der VO (EG) 883/2004 .....	157
15.6.3.1	Teil I: Leistungen im Sinne der Ausführungen unter 15.6.1 lit a, deren Betrag von der Dauer der zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten unabhängig ist .....	157

15.6.3.2	Teil II: Leistungen im Sinne der Ausführungen unter 15.6.1 lit b der Verordnung, deren Betrag nach Maßgabe einer als zwischen dem Eintritt des Versicherungsfalls und einem späteren Zeitpunkt zurückgelegt betrachteten fiktiven Zeit bestimmt wird .....	159
15.6.3.3	Teil III: Abkommen im Sinne der Ausführungen unter 15.6.1 lit b sublit i zur Vermeidung der zwei- oder mehrfachen Anrechnung ein und derselben fiktiven Zeit .....	160
15.7	Versicherungs- oder Wohnzeiten von weniger als einem Jahr .....	161
15.7.1	Allgemeines .....	161
15.7.2	Judikatur zu Versicherungs- oder Wohnzeiten von weniger als einem Jahr .....	162
15.8	Gewährung einer Zulage .....	163
15.9	Neuberechnung und Anpassung der Leistung .....	164
<b>16.</b>	<b>Leistungen bei Arbeitslosigkeit .....</b>	<b>166</b>
16.1	Zum Begriff „Leistungen bei Arbeitslosigkeit“ .....	166
16.2	Besondere Vorschriften für die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten und Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit .....	166
16.2.1	Allgemeines .....	166
16.2.2	Leistungsanspruch von der Zurücklegung von Versicherungszeiten abhängig .....	167
16.2.3	Voraussetzung von Versicherungszeiten/Beschäftigungszeiten/Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit nach Rechtsvorschriften, nach denen Leistung beantragt wird .....	168
16.3	Berechnung der Leistungen .....	169
16.4	Arbeitslose, die sich in einen anderen Mitgliedstaat begeben .....	171
16.4.1	Allgemeines .....	171
16.4.2	Höchstzeitraum, für den zwischen zwei Beschäftigungszeiten ein Leistungsanspruch aufrechterhalten werden kann .....	173
16.4.3	Wechselseitige Informationspflichten .....	174
16.4.4	Kontrollpflicht .....	175
16.5	Arbeitslose, die in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat gewohnt haben .....	175
16.5.1	Wohnort während letzten Beschäftigung/selbständigen Erwerbstätigkeit in anderem Mitgliedstaat .....	175
16.5.2	Wohnort während der letzten Beschäftigung/selbständigen Erwerbstätigkeit in anderem Mitgliedstaat und Beibehaltung des Wohnorts bzw Rückkehr zu diesem Ort .....	176
16.5.3	Arbeitsloser, der kein Grenzgänger ist und nicht in den Wohnmitgliedstaat zurückkehrt .....	177
16.5.4	Leistungen nach Rechtsvorschriften des Wohnmitgliedstaates .....	178
16.5.5	Rückkehr des Arbeitnehmers, der kein Grenzgänger war und dem zulasten des Trägers des Mitgliedstaats, dessen Rechtsvorschriften zuletzt für ihn gegolten haben, Leistungen gewährt wurden, in Wohnmitgliedstaat .....	178



16.5.6	Erstattung der erbrachten Leistungen .....	179
16.5.7	Mitteilungs- und Informationspflichten .....	180
16.5.8	Pflichten des Arbeitslosen bzw vorgesehene unternommene Schritte zur Arbeitssuche .....	180
16.6	Besondere Bestimmungen für vollarbeitslose selbständig erwerbstätige Grenzgänger, sofern im Wohnmitgliedstaat für selbständig Erwerbstätige kein System der Leistungen bei Arbeitslosigkeit besteht .....	181
<b>17.</b>	<b>Vorruhestandsleistungen .....</b>	<b>183</b>
17.1	Begriffsdefinition .....	183
17.2	Keine Anwendung der Bestimmung betreffend die Zusammenrechnung der Zeiten .....	183
<b>18.</b>	<b>Familienleistungen .....</b>	<b>184</b>
18.1	Begriffsdefinition .....	184
18.2	Familienangehörige, die in einem anderen Mitgliedstaat wohnen .....	184
18.3	Prioritätsregeln bei Zusammentreffen von Ansprüchen .....	185
18.3.1	Allgemeines .....	185
18.3.2	Aussetzung bis zur Höhe des nach den vorrangig geltenden Rechtsvorschriften vorgesehenen Betrags .....	189
18.3.3	Regelungen, wenn beim zuständigen Träger eines Mitgliedstaats, dessen Rechtsvorschriften gelten, aber nach den Prioritätsregeln nachrangig sind, ein Antrag auf Familienleistungen gestellt wird .....	190
18.3.4	Berücksichtigung der Situation der gesamten Familie .....	190
18.3.5	Regelung, wenn eine Person, die berechtigt ist, Anspruch auf die Leistungen zu erheben, dieses Recht nicht wahrnimmt .....	191
18.3.6	Prüfung der Zuständigkeit zur Gewährung von Familienleistungen durch den in Anspruch genommenen Träger .....	191
18.3.6.1	Feststellung der prioritären (dh vorrangigen) Zuständigkeit zur Gewährung von Familienleistungen .....	191
18.3.6.2	Feststellung der nicht prioritären (dh nachrangigen) Zuständigkeit zur Gewährung von Familienleistungen .....	192
18.3.6.3	Vorgangsweise bei Uneinigkeit über die prioritäre (dh vorrangige) Gewährung von Familienleistungen .....	193
18.4	Regelung, sofern die Person, der die Familienleistungen zu gewähren sind, diese nicht für den Unterhalt der Familienangehörigen verwendet .....	193
18.5	Regelungen, sofern nach den entsprechend den Ausführungen unter 18.2 und 18.3 bestimmten Rechtsvorschriften kein Anspruch auf zusätzliche oder besondere Familienleistungen für Waisen besteht .....	194
18.6	Regelungen für den Fall, in dem sich die anzuwendenden Rechtsvorschriften und/oder die Zuständigkeit für die Gewährung von Familienleistungen ändern .....	194
18.7	Vorgangsweise, wenn die Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats die Gewährung einer Familienleistung von der Zurücklegung von Versicherungs- oder Beschäf- tigungszeiten oder Zeiten einer selbständigen Tätigkeit abhängig machen .....	195
18.8	Berücksichtigung ausländischer Bezugszeiten betreffend die Bezugsverlängerung .....	196

<b>19. Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe .....</b>	<b>198</b>
19.1 Zusammenarbeit .....	198
19.1.1 Unterrichts- und Unterstützungspflichten .....	198
19.1.2 Grundsätzliche Kostenfreiheit .....	198
19.1.3 Unmittelbare Kontaktaufnahme mit den betroffenen Personen oder deren Vertretern .....	198
19.1.4 Verpflichtung zur gegenseitigen Information und Zusammenarbeit .....	198
19.1.5 Schwierigkeiten bei der Auslegung oder Anwendung der VO (EG) 883/2004 .....	199
19.1.6 In der Amtssprache eines anderen Mitgliedstaates abgefasste Anträge oder Schriftstücke .....	199
19.2 Erstattungsersuchen .....	200
19.3 Auskunftsverlangen und Zustellung .....	201
19.4 Beitreibungsersuchen .....	201
19.5 Grundsätzliche Unentgeltlichkeit der Amtshilfe .....	202
<b>20. Elektronischer Datenaustausch .....</b>	<b>203</b>
<b>21. System der EU zur gegenseitigen Information über den sozialen Schutz .....</b>	<b>203</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>205</b>